

Volksmacht

für Schlesien

Anzeigenpreis: Je 1000 Zeichen für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 1.50 Mk., auswärtig 1.65 Mk. Anzeigen unter Zeit 2.50 Mk., auswärts 4.— Mk. Stellenangebote, Parawandlungen u. 60 Pf. Stellenangebote, Berechnungs- und Wohnungsangelegenheiten 0.50 Mk. Kleine Anzeigen pro Zeile 0.50 Mk., das letzte Wort 1.00 Mk. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis normaler Tage 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition (Hauptstraße 4) sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3161. Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Bezugspreis: Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 8 mal und ist durch die Haupt-Expedition (Hauptstraße 4), durch die Buchhandlung der „Volksmacht“, Neue Hauptstraße Nr. 5, und durch alle Buchhändler zu beziehen. Wöchentlich 1.50 Mk., monatlich 4.50 Mk., vierteljährlich 13.50 Mk. (einschließlich Postgebühren), durch die Post bezogen vierteljährlich 15.00 Mk.

Rappverbrecher vor dem Reichsgericht.

Auf Deutschlands hohen Schulen.

Neben den Geheimbünden, militärischen Arbeitsgemeinschaften und bayerischen Königsparteilern stellen die Hochschulen die ernste Gefahr für die Republik dar. Die Verbindung von Arbeiterklasse und Wissenschaft mag sich geistig im Marxismus vollzogen haben, im Bild des Tages stehen sich Arbeiter und Studenten als schärfste Feinde gegenüber. Der heutige Student, vielfach früherer Offizier oder Reserveoffizier, haßt die Arbeiterklasse, haßt die Demokratie, haßt die Republik und haßt die ganze Welt außerhalb der deutschen Grenzen. Die schlechte wirtschaftliche Lage vieler Studenten, die früher in Saal und Braus lebten und heute vielfach kaum das Notwendige haben, erbittert diese Rechtssozialisten noch mehr und macht sie zu jeder Verweisselung bereit. Mit der steigenden Not des deutschen Volkes untrennbar verknüpft ist die auch von der Sozialdemokratie lebhaft beklagte Unterbewertung der geistigen Arbeit; die Akademiker machen für ihre Not blindlings die Revolution und die Republik verantwortlich. Um so verächtlicher, um so tobjüchtiger sind sie, wenn sie nur ein Wort von Volksstaat oder von Friedenspolitik hören.

Schon während des Krieges waren die Universitäten — wie seit langem — die Hochburgen des Alldeutertums. In der Freiburger Universität, die gerade jetzt wieder in den Vordergrund der öffentlichen Aufmerksamkeit tritt, lehrte damals ein junger Historiker Welt Valentin, der sich redliche Mühe gab, dem Wahnsinn der U-Boot-Propaganda entgegenzuwirken. Man benutzte irgend ein normales Versehen, um ihm den Strich zu drehen. Sein Gegner, der Geh. Hofrat von Below, reaktionärer mittelalterlicher Geschichtsprofessor, hatte gegiegt. Mit den Alldeutschen ging es Vollmacht voraus in den verschärften Unterseeboot-Krieg und Deutschlands Verderben. Der Senat der Universität Freiburg hatte den Privatdozenten Valentini gemahnt, aber die Geschichte hat ihm recht gegeben.

Seit dem Zusammenbruch des Alldeutertums sind die Reaktionäre an den Universitäten nun wohl noch böser geworden. Typisch für die deutschen Hochschulen ist heutzutage der Nord und das Verbrennen der republikanischen Flagge. Unvergessen sind die Morde an der Marburger Studenten in Mecklenburg, die Niederstichungen des jüdischen Studenten Kahn in Karlsruhe. Ueberflüssig zu sagen, daß die Mörder hier wie dort, wie überall, freigesprochen wurden.

Auch mit der Pressefreiheit ist es seit den Zeiten der Hohenzollern nicht viel besser geworden. Gewiß, die Lex Arons ist gefallen, die Sozialdemokraten von Dozentenstellen auch dann ausgeschloß, wenn sie Mathematik oder Physik lehrten. Aber was der alte preussische Dreiklassenlandtag nur durch ein brutales Geheiß erreichen konnte, daß verübten heute freiwillig die reaktionären Professoren-Klügel und die verspäteten Karikaturen der Weltgeschichte, die alldeutschen Studentenmehrheiten — alldeutsch nach Deutschlands gänzlicher Entwaffnung.

Der Fall Nikolai in Berlin war ein typisches Beispiel. Professor Nikolai und seine Haltung während des Krieges sind uns reichlich unsympathisch. Wir sind überzeugt, daß er politisch falsch gehandelt und Deutschland geschädigt hat. Aber was hat das mit seiner Lehrtätigkeit abends als Mediziner zu tun? Die Berliner Studenten — natürlich sind niemals alle Studenten gemeint, sondern immer nur die, von denen jeder mehr Radan macht, als zehn anständige Menschen — brüllten Nikolai im Hörsaal nieder, und der Senat der Universität gab den Kadaverbrüdern recht und dem Professor Unrecht. Nikolai hat seitdem in öffentlichen Briefen gegen den Senat der Universität und seine Mitglieder schwerste ehrenrührige Vorwürfe erhoben; aber die sonst so empfindlichen Herren haben nicht gezuckt und gemault.

Alle früheren Fälle stellt jetzt der jüngste Universitätskandal in den Schatten. Der Freiburger Professor der Rechte Franz Kantorowicz hatte unlängst in den „Baseler Nachrichten“ einen Aufsatz veröffentlicht, betitelt „Bismarcks Schattens“, in dem er darzutun suchte, daß die deutsche Studentenschaft sich allmählich vom Bismarckischen Gewaltgeist befreite und die Ideen der neuen Zeit aufnahm. Diese offenbar viel zu günstige Beurteilung der deutschen Durchschnittsstudenten erregte den Zorn des politischen Gegenstücks zum Sittlichkeitskünstler Brunner, eben des Geh. Hofrats Below in Frei-

burg. Below beschuldigte in einem zunächst anonym erschienenen Artikel der deutschnationalen „Breitengauer Zeitung“ seinen Kollegen, daß er Deutschland im Ausland absichtlich erniedrigt, beleidigt und herabgesetzt hätte. Kantorowicz hat sich trotz der ihm augenscheinlich ungünstigen Mentalität der Studentenschaft in einer Studentenversammlung erfolgreich gegen diese Unterstellungen verteidigt, aber der Senat hat ihm jetzt verboten, „sich in irgend einer Weise politisch zu betätigen, die das nationale Empfinden großer Teile der Professoren und Studentenschaft verletzen könnte“.

Wir haben also jetzt das Gegenstück zum sittlichen Nationalmenschen, der Anstoß nimmt, in dem normalen Meinungen verlegt wird. Kantorowicz ist in seiner Art ein Bahnbrecher der deutschen Wissenschaft, einer der kühnsten Theoretiker der sogenannten Freirechtsschule. Aber Professoren-Klügel und deutschnationale Studenten werden sich darum wenig scharren. Der Mann tobt nicht alldeutsch und gertrampelt nicht ochsenhaft alle Sympathie für Deutschland in der ganzen Welt — also muß er gemahnt oder mundtot gemacht werden.

Es wäre höchste Zeit, dem Uebermut der Reaktion an den Universitäten einen gehörigen Dämpfer aufzusetzen. Die Hochschulen gehören weder den Professoren noch den Herren Studenten; sie gehören dem deutschen Volke, das für ihre Erhaltung auch in dieser äußersten Not große Opfer bringt. Wenn trotzdem alldeutsche und monarchistische Clique sich einbilden sollten, die Lehrtätigkeit vergewaltigen und die paar freigeitlich geistigen Dozenten und Studenten schikanieren zu können, so muß ihnen ihr Irrtum recht nachdrücklich klar gemacht werden. Je lauter die Schreier, desto geringer ihr Mut. Eine republikanische Regierung, welche die Republikaner an den Universitäten wirklich schützen will, wird es nicht schwer haben, ihr Ziel zu erreichen.

Zur Kreditfrage.

In Regierungskreisen begrüßt man — wie der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ erzählt, die Zurückhaltung, die der französische Ministerpräsident in seiner letzten Kammerrede übte. Man glaubt, aus den Ausführungen Briands entnehmen zu dürfen, daß eine scharfe Ablehnung der deutschen Stundungsversuche durch Frankreich nicht zu erwarten ist.

Die günstigen Nachrichten über die Aussichten eines Zahlungsausschubes für Deutschland haben zwar, wie die Mittwochspresse zeigt, viel Glauben gefunden, jedoch war bis zum Mittwoch abends in den amtlichen Kreisen Berlin und bei den Vorständen der Reichstagsfraktionen über den Fortgang der deutschen Kreditaktion und den Zahlungsausschub nichts zuverlässiges bekannt. Erst mit der Rückkehr Rathenaus, der heute vormittag in Berlin erwartet wird, kann eine Klärung in diesen Fragen eintreten.

Hilfe für das Reichsgericht.

Der Rappverbrecher Jagow sucht sich, wie an anderer Stelle zu lesen, vor dem Reichsgericht von jeder Schuld frei zu machen, und beteuert bei seiner ersten Vernehmung mehrfach, daß er von dem Unternehmen am 13. März völlig überläßt wurde. Demgegenüber erinnert der „Vorwärts“ in seiner heutigen Morgenausgabe daran, daß der Ministerpräsident, Gen. Otto Braun, vor einigen Wochen im Hauptauschub des Reichstages mitgeteilt hat, daß der Vortragende Rat v. Grullmann vom Landwirtschaftsministerium, ihm gesagt habe, daß 14 Tage vor dem Rapp-Ruß im Kasino des 3. Garderegiments am Pariser Platz Jagow an ihn herangeht und ihn gefragt habe, ob er Regierungspräsident in Breslau werden wolle, falls in nächster Zeit ein gewalttätiger Umsturz eintreten würde. Grullmann hatte damals die Sache hinhalten befohlen.

Berliner Börsenbericht.

An der gestrigen Berliner Börse setzte der Dollar mit 200 ein. Er schwankte im weiteren Verlauf zwischen 200 und 210. Die amtlichen Notierungen lauten: Kabel Rom 209 1/4, London 880, Holland 7600. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß seit gestern die führende Rolle in der internationalen Devisenspekulation wieder auf die New Yorker Börse übergegangen ist. Bisher folgte dem auf der Bewertung der deutschen Mark regelmäßig der Berliner Tendenz. Seit gestern ist hierin ein Umsturz insoweit eingetreten, als New York zum ersten Male seit langer Zeit eine völlig andere Tendenz zeigt, als die Berliner Börsen. Wenn man sich nach hat die Spekulation der deutschen Mark an den Auslandsbörsen seit der letzten Woche bedeutend zugunommen. Die Spekulanten aller Länder wollen an dem Steigen der Mark verdienen. Ansehend wird in Amerika die Tendenz sehr stark durch aufgebauende politische Nachrichten beeinflusst. Wir sehen also einer Periode heftiger Schwankungen am Devisenmarkt entgegen.

Der Klub der Harmlosen.

Beipzig, 7. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Der Rapp-Ruß ist das seltsamste hochverräterische Unternehmen der Weltgeschichte. Nur zehn Führer sind übrig geblieben, und die waren auch keine Führer, wenigstens die drei Angeklagten vor dem Reichsgericht leugnen kräftig. Herr v. Jagow hat seine Zustimmung zur Uebernahme eines Ministeriums nur gegeben in der Voraussetzung, daß es sich um ein „hölig legales Unternehmen“ handele. Er sah zwar mit eigenen Augen, wie die Sache höchst ungelöst war; aber zumehr war es eine vollendete Tatsache, an der sich auch nichts änderte, wenn er dabei blieb.

Herr von Wangenheim hat sich nur um Landwirtschaft gekümmert. Er ist in die Rapp-Regierung gegangen, weil er dachte, daß sonst in drei Tagen die Volksernährung zusammenbrechen würde. Merkwürdigerweise brach zwar die Rappregierung in drei Tagen zusammen, aber nicht die Volksernährung. Die Erklärung dieses Munders blieb Herr von Wangenheim schuldig. Um die Wirtschaft hat sich dieser naive Menschenfreund überhaupt nicht gekümmert.

Was schließlich Herrn Dr. Schiele anbetrifft, so macht er aus Liebe zum deutschen Volke bereits seit zehn Jahren Geheul, die niemand annimmt. Nur als „Zuschauer“ will er, der intime Freund Rapps, dabei gewesen sein. „Zufällig“ hat er mit allen möglichen Leuten Verhandlungen geführt. Rapps rechte Hand? I bewahre, das war Dr. Schiele nie. Führer? „Dazu bin ich nicht ettel genug“, sagt Herr Schiele. Bescheidenheit ist eine Tugend, aber diese Bescheidenheit riecht stark nach dem Amnestiegesetz.

So steht in einigen Worten die Verteidigung der Angeklagten aus. Die taktische Linie ist deutlich erkennbar. Sie wollen der Amnestie mit teilhaftig werden. Verwundert sprach Herr Schiele: Wenn er Führer gewesen sei, dann müßte die Zahl der Angeklagten viel größer sein, die auch Führer waren. Alle sind nicht dabei gewesen, alle zufällig, ohne ihr Zutun, in die Sache hineingekommen. Der deutsche Heldennut veranlaßte sogar Herrn von Jagow, zu erklären, er sei nur der Bote Rapps gewesen.

Schon die Menschenansammlung vor dem Reichsgericht zeigte heute, daß eine besondere Angelegenheit zur Verhandlung stand: Jagow und Genossen hatten sich zu verantworten. Auch der große Tagungsaal des Reichsgerichtes war stark besetzt mit Zuschauern und Pressevertretern. Zeugen waren für den ersten Tag noch nicht geladen.

Die Anklage vertritt Oberreichsanwalt Dr. Ebermeyer. Den Angeklagten stehen fünf Rechtsanwälte zur Seite.

Vernehmung Jagows. Jagow, der Hauptangeklagte, verliert bei seiner Vernehmung sich als Unschuldig hinstellen, das niemals daran gedacht habe, Hochverrat zu begehen. Rapp selbst hat bis zum 13. März nur oberflächlich bekannt gegeben, was er habe ihn auch darauf aufmerksam gemacht, daß auf legalen Wege eine Personalveränderung vorgenommen werden solle. Jagow schiederte dann, wie er am Morgen des 13. März sich in Anwesenheit Rapps zur Reichstanzlei begab und dort erfahren wußte, daß die Reichsregierung gelassen sei. Erst hier habe er auch gehört, daß die gesamte Macht in Preußen in den Händen von Lüttich läge. Er habe nichts begangen, was die Verfassung gemaltam und unmittelfach ändern solle. Sei nur ausführendes Organ Rapps gewesen und nicht des Hochverrats schuldig. Da diese Behauptung Jagows nicht mit den Ergebnissen der Voruntersuchung übereinstimmen, stellte der Vorsitzende verschiedene Fragen, wie denn seine erste Ministerzusage und seine Bekanntschaft mit Rapp zu erklären sei. Jagow wurde jetzt unsicher und machte durch höchst eigenartig anmutende Erklärungen auch weiterhin seine Unschuld zu beweisen.

Vorsitzender: Sie haben aber doch auch in den letzten Tagen vor dem Rapp-Verbrechen mit Rapp gehandelt? Sie haben doch Falkenhäuser in seinem Auftrag für den Sonnabend morgen telefonisch zum Brandenburger Tor bestellt?

Jagow: Daß die Aktion bald vom Stapel gehen werde, habe ich natürlich gewußt, aber ich dachte an eine legale Aktion. Jagow erklärte dann noch, daß er nur eine „Reichswehr-Demonstration“ erwartet habe. Mit Rapp sei er immer nur durch Vermittlung einer Dame in Verbindung getreten. Rapp befrucht, davon Kenntnis gehabt zu haben, daß gegen Lüttich Entlassung und Haftbefehl ausgesprochen war, gibt jedoch zu, von dem Haftbefehl gegen Rapp unterrichtet gewesen zu sein.

Auf eine weitere Frage des Vorsitzenden gibt Jagow zu, auf keinem Wege zum Brandenburger Tor habe er schon solche Truppen gesehen, daß er immerhin auf den Gedanken kam, es liege vielleicht doch mehr als eine legale Demonstration vor. Aus der Auffassung der Truppen habe er dann Berlin verlassen, daß es eine feindliche Truppe aus dem Osten Berlin erwartete. Geß als er mit Rapp und Lüttich sprach, erkannte er angeblich „was eigentlich los sei“. Lüttich sei bis dahin nur flüchtig und ungesichert mit ihm bekannt gewesen. Rapp habe dann nach den weiteren Erklärungen des Beschuldigten, Jagow im Wagen mit zur Reichstanzlei, entschuldigte sich, daß alles etwas anders gekommen sei und erst nach dieser Entschuldigung habe er, Jagow, im öffentlichen Interesse keine Teilnahme zugesagt. Der Vorsitzende beruhigte sich mit diesen Harmlosigkeiten jedoch nicht. Er entließ Jagow die Angelegenheit, daß er auch mit Eberhard vorher gesprochen und mancherlei über die Angelegenheit

Die Forderung der Angestelltenversicherung

befähigte am Mittwoch den Reichstagsausschuss für soziale Angelegenheiten. Die Regierung hat auf Wunsch des Ausschusses eine Denkschrift über Fragen aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung vorgelegt, die zunächst den gegenwärtigen Rechtszustand hinsichtlich des Verhältnisses der Angestelltenversicherung zur Invalidenversicherung darlegt und dann auf die Frage der Verschmelzung der beiden Versicherungen eingeht. Die Sprache über die Denkschrift zeigte aber, daß auch durch den Inhalt der Denkschrift nur sehr wenig geklärt ist. Allerdings ist der Jubel über die herrlichen Zustände in der Angestelltenversicherung bei den bürgerlichen Parteien jetzt endlich verstummt. Die Herren müssen zugeben, daß die Verhältnisse hier unhaltbar sind. Mit umso größerem Nachdruck konnten die Sozialdemokraten ihre alte Forderung vertreten, daß die günstigeren Bestimmungen der Angestelltenversicherung auf die Invalidenversicherung übernommen werden und dann die beiden Versicherungen verschmolzen werden. Die Bürgerlichen erklärten sich bereit, zu prüfen, ob dieser Weg gangbar ist. Der Reichsarbeitsminister sollte ihnen erklären, ob er eine derartige Vorlage ausarbeiten lassen kann. Der Minister antwortete, daß er sich vorläufig weder für noch gegen die Angelegenheit festlegen kann. Wenn der Reichstag eine solche Vorlage wünsche, werde das Ministerium sie ausarbeiten. Schließlich reichten Zentrum, Demokraten und Volkspartei folgende Entschließung ein: Die Reichsregierung zu ersuchen: Die Vorlage bis zum Wiederzusammentritt des Reichstages im Januar wie folgt zu ändern:

1. Gemäß dem Beschlusse der Denkschrift eine Zusammenlegung der Verwaltung und Rechtsprechung zwischen Angestellten- und Invalidenversicherung, unter Aufrechterhaltung der selbständigen Reichsversicherungsanstalt, vorzuschlagen. Rechtsprechung, Beitragskontrolle und Aufsicht soll von denselben Organen ausgeübt werden. Die Angestellten müssen hierbei die aus der besonderen Angestelltenversicherung sich ergebende Rechtsstellung in vollem Umfange sicher gestellt erhalten.
2. Genügende Vorschläge für eine Erweiterung der Selbstverwaltung der Angestelltenversicherung zu machen in einer Weise, daß die Versicherten selbst und ihre gewählten Vertreter die Verwaltung unter eigener Verantwortung, aber unter Oberaufsicht des Reiches, führen. Dabei ist zu prüfen, inwieweit die großen Verbände der Angestellten für ihre Mitglieder die Angestelltenversicherung selbst betreiben können.

Die Sozialdemokraten wiesen nach, daß der Antrag eine nur geringe Verbesserung, dagegen durch die weitere Zersplitterung der Versicherung eine wesentliche Verschlechterung bringt. Sie kündigt an, daß sie die sofortige Verschmelzung beider Versicherungen beantragen will.

Betriebsräte, nicht Beamtenausschüsse!

Der 23. Ausschuss des Reichstages hat am Mittwoch in der Beamtenkammer nach eingehender Aussprache über einige grundsätzliche Fragen Beschluß gefaßt. Mit teils sehr großer Mehrheit wurde beschlossen, die Beamtenvertretungen als Beamtenräte zu bezeichnen, ferner im § 1 den Aufgabekreis dieser Beamtenräte in großen Zügen zu zeichnen und als solche Aufgaben die Vertretung der Interessen der Beamten und die Mitwirkung bei der Erfüllung der wirtschaftlichen Aufgaben innerhalb der Behörden bezeichnet. Ferner wurde beschlossen, die Beamtenräte bei den Behörden und Dienststellen, nicht bei den Dienstverwaltungen, zu errichten. Abgesehen von den noch zu erörternden Fragen der Errichtung eines Zentral-Beamtenrates, sollen die Beamtenräte nicht mehr als drei Instanzen haben. Der Bezirksbeamtenrat wurde für obligatorisch erklärt, jedoch sollen Ausnahmen zugelassen werden. Die Beamten der Körperschaften des öffentlichen Rechtes werden grundsätzlich dem Gesetz unterstellt, aber auch hier sollen je nach Lage des Falles Ausnahmen gemacht werden können. Eine Revisionskommission wurde beauftragt, auf Grund dieser Beschlüsse die grundsätzliche Formulierung des § 1 vorzunehmen.

Wiederaufbau des internationalen Geldverkehrs.

Berlin, 8. Dezember. Wie die Blätter hören, haben die Verhandlungen zwischen dem Präsidenten der Reichsbank, Hagenstein, und der Bank von England zu dem Ergebnis geführt, daß die vor dem Kriege bestehende Verbindung zwischen den beiden großen Zentralnotenbanken wiederhergestellt worden ist. Wie die „Wirtschaftliche Zeitung“ mitteilt, hat die Reichsbank bei der Bank von England ein Konto eingerichtet, und sich dort ein Guthaben geschaffen. Der gesamte offizielle Zahlungsverkehr Deutschlands in England wird künftig bei der Bank von England konzentriert sein. Diese Neuordnung sei als eine große Erleichterung des gesamten Zahlungsverkehrs mit England zu betrachten. Der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zufolge hat man auch mit anderen Zentralnotenbanken die gleichen Beziehungen wieder aufgenommen. Es heißt zu hoffen, daß auch hierüber bald ein Resultat wird gemeldet werden können.

Loucheur fährt nach London.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.) Die von einem Teil der Pariser Presse angekündigte Reise Loucheurs bestätigt sich. Die Einladung des französischen Wiederaufbauamministers erfolgte durch die englische Regierung. Loucheur begibt sich heute im Einverständnis des Ministerpräsidenten mit einem nicht zu unterschätzenden Mitarbeiterstab nach London, um dort mit Sir Horne über die Wiedergutmachung zu verhandeln. Geklärt, als bereits die Einladung der englischen Regierung vorlag, fand zwischen Loucheur und dem französischen Botschafter Laurent in Berlin sowie Du Bois eine Besprechung über die Finanzlage Deutschlands statt. Der „Temps“ nennt als Gegenstand der Londoner Besprechungen das Wiederabkommen, die nächsten deutschen Zahlungen, die Möglichkeiten eines Aufschubes für die Barzahlung. Weiter weist der „Temps“ darauf hin, daß die Reise Loucheurs nach London wahrscheinlich das Vorzeichen einer internationalen Konferenz darstellen wird. Man vermutet, daß Loucheur nicht von London abreist, ohne mit Rathenau eine Rücksprache genommen zu haben und riet gerade in dieser Vermutung rund zu einem gewissen Optimismus. Zweifellos hegt man jetzt auch in französischen Regierungskreisen die Absicht, sich über die Reparationsfragen ernsthaft zu unterhalten und es ist schon viel wert, wenn es inzwischen gelungen ist, den französischen Wiederaufbauamministrator nach London zu berufen, um mit ihm dort in Gegenwart des Schuldners über das kritische Problem Verhandlungen zu führen. Man scheint langsam auch in den Entente-Ländern einzusehen, daß mit Zwangsmassnahmen auch die Reparationsverpflichtungen nicht zu erfüllen sind und daß durch den Einmarsch fremder Truppen in deutsche Gebiete die letzten deutschen Tacken noch leichter werden.

Mietssteigerung in Berlin.

Berlin, 7. Dezember. Der Magistrat beschloß, als Maßnahme für Mietssteigerungen einen Zuschlag von 70 % der Miete vom 1. Juli 1914 festzusetzen mit der Ausnahme, daß für Räume, die zu gewerblichen, geschäftlichen, Büro- oder ähnlichen Zwecken benutzt werden, der Zuschlag unter gewissen Voraussetzungen 120 bzw. 170 Prozent beträgt. Diese Sätze treten am 1. Januar 1923 in Kraft, unberührt bleiben die laufenden Verträge.

Der Mangel an Zeitungspapier.

Berlin, 7. Dezember. Wie die Blätter melden, hat der Verband deutscher Druckpapierfabriken der Vereinigung großstädtischer Zeitungverleger mitgeteilt, daß eine Reihe von Zeitungsdruk-papierfabriken wegen Kohlenmangels zum Stillstand gekommen

sind und daß eine Anzahl anderer einzelne Maschinen hätten abstellen müssen. Wenn nicht sofort Abhilfe geschaffen werde, werde Berlin, wie die Blätter erklären, in den nächsten Tagen ohne Zeitungen sein.

Wahlen in Kanada.

London, 7. November. Die Wahlen in Kanada führten zu einem großen Siege der liberalen Partei. Der Premierminister Meighen und 7 andere Kabinettsmitglieder sind nicht wieder gewählt worden.

Aus aller Welt.

Ein wendische Begräbnisstätte ausgegraben. Bei der Stadt Fürstenberg in Mecklenburg ist ein eigenartiger Fund gemacht worden. Beim Bau einer neuen Schleuse wurde eine wendische Begräbnisstätte mit Knochen und Knochenresten unversehrt aufgefunden. Auf einer Kiesgrube wurde auch eine Verbrennungsstätte mit Knochenresten, die früher eine Friedhofsanlage größeren Umfangs gewesen sein muß, aufgedeckt.

Das Grab des Zigeunerhauptmanns. Das Grab eines vor 4 Wochen unter großem Andrang Schaulustiger in Salzburg bestatteten Zigeuners auf dem Gemeindefriedhof in Perder ist in der Nacht zum Montag aufgebrochen und seiner Kostbarkeit beraubt worden. In die gewölbte Decke ist ein Loch eingeschlagen und mit einem Stod ist der Oberkörper der Leiche hochgezogen worden, um ihr dann die goldene Uhr mit Kette abzunehmen. Die Täter sind noch nicht ermittelt.

Im Bett verbrannt. Bei einem Brande in der Ackerstraße in Berlin ist ein älteres Mädchen, A. Moritz, vollständig verbrannt. Die Flammen hatten einen niedrigen Feuertempel auf dem Hofe ergriffen und zeichnend nach unten geschlagen. Wegen der großen Verqualmung drangen Feuerwehrmänner des 13. Löschzuges von außen über Stedeleiten in das brennende Haus ein und fanden dort in einem Schlafkammer des ersten Stockes Leichenreste der Moritz, die später zum Scharhaus gebracht wurden. Eine nebenan wohnende blinde Frau konnte von der Feuerwehr angeleitet und in Sicherheit gebracht werden. Andere Familien konnten sich mit Unterstützung der Feuerwehr retten. Es gelang, den Brand auf dem Seitenflügel zu beschränken. Ueber die Entstehung des Feuers wird noch mitgeteilt, daß die verbrannte Arbeiterin Moritz am Montag früh von einem Vergnügen nach Hause gekommen sein soll. Sie soll dann im Bett Zigaretten geraucht und dadurch den Brand verursacht haben.

Aus der Provinz Schlesien.

Provinzialausschuss.

Am Dienstag, den 6. d. Mis., trat der Provinzialausschuss unter seinem Vorsitzenden, Fürsten von Hagens-Loeben, zu einer Sitzung zusammen, bei der Vorsitzende des gemeinsamen Provinziallandtages der Provinzen Ober- und Niederschlesien, Landrat a. D. Dr. von Gohler, bewohnte.

Als Vertreter der Staatsregierung nahmen an ihr der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien, Zimmerer, und der Oberpräsident der Provinz Oberschlesien, Reg.-Präsident Bittka, teil. Ueber die Verhandlungen und Beschlüsse ist zu berichten:

Es wurden Verhandlungsgelder für den Bau von Straßen und Brücken an die Kreise Legnitz, Neustadt, Lublinitz, Larnowitz, die Stadtgemeinde Feitersberg und die Landgemeinden Langenbielau, Kreis Reichenbach, Neutirch, Kreis Schönau und Kransow, Kreis Ratibor, bewilligt.

Mehrere kleinere Beschlüsse erhielten Unterstützung zur Wiederanschaffung von gefallenen Rindviehstücken.

Dem Landesauschuss Schlesien, der im Jahre 1922 in München stattfindenden Deutschen Gewerbeschau wurde eine namhafte Beihilfe, sowie einigen Wohltätigkeitsanstalten Unterstützungen für das laufende Rechnungsjahr bewilligt.

Genehmigt wurden:

Der Anschluß der Stadtgemeinde Köben a. D. und der Landgemeinde Dittmannsdorf, Kreis Waldenburg an die provinzielle Hinterbleibens-Fürsorgeeinrichtung, die Erhöhung der Pflegekosten in der ersten Klasse der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Leubus auf täglich 24 Mar. für jeden Kranken; die Bewilligung von Stipendien an 9 Schüler der Akademie für Kunst und Kunstgewerbe in Breslau für das Winterhalbjahr 1921; der mit dem Herrn Professor Dr. Drehmann in Breslau als Landesstruppelarzt abgeschlossene Vertrag; die Abänderung der Bedingungen und Tarife für die Vetterung von elektrischem Strom aus dem Elektrizitätswerk der Talsperren bei Markfissa und Mauer; die Vorlage für die nächste Genossenschaftsversammlung betr. Änderung der Satzung für die Schlesische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft, die Entwürfe der Landtagsvorlagen, betr. Erhöhung der Baumittel für das Stauboden bei Pilsgramsdorf und Gewährung einer Beihilfe zum Ausbau und zur Unterhaltung des Hennesdorfer Bades und des Leichgrabens im Kreise Frankenstein; die Erhöhung des Feuerversicherungsmeries der dem Provinzialverbande gehörigen Gebäude und deren Einrichtungsgegenstände in Breslau und den Provinzialanstalten durch Vorlage bzw. Bau-notversicherungen; die Neubeschaffung einer Dampfmaschinen für die Provinzial-Pflege- und Erziehungsanstalt in Leschnitz und die Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt in Tost; die Einrichtung von 13 Wohnungen in der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Städtel Leubus zur Unterbringung von Pfleger- und Seiger-stätten.

Der Provinzialausschuss nahm Kenntnis von dem Jahresbericht des Schlesischen Provinzialvereins für ländliche Arbeiterkolonien und Trinkerheilanstalten für die Zeit vom 1. Juli 1920 bis Ende Juni 1921, von dem Verwaltungsbericht über die Taubstummen-, Unterrichts- und Erziehungsanstalt Legnitz für das Schuljahr 1921/22.

Er erklärte sich als Genossenschaftsvorstand der Schlesischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft damit einverstanden, daß die außerordentlichen Rentenerhöhungen unter Mitwirkung des Genossenschaftsvorstandes in der vor dem Kriege üblichen Weise wieder aufgenommen werden.

Der Geh. Reg.-Rat von Sippa, hier, wurde zum ordentlichen Mitgliede des Kuratoriums des Schlesischen Mukams der bildenden Künste und zugleich zum stellvertretenden Vorsitzenden desselben gewählt.

Befördert wurden: Der Bürovorsteher Schnabel bei der Provinzial-Feuer-Versicherungsgesellschaft zum Bürovorsteher, die Landessekretäre Kunow und König zu Bürovorstehern, die Provinzialsekretäre Simon bei der Hauptverwaltung, Koesling, Dümke und Klobowig bei der Provinzial-Feuer-Versicherungsgesellschaft zu Landessekretären.

In den Ruhestand versetzt wurden der Provinzial-Oberwachtmeister Gudel bei dem Arbeits- und Landarmenhaus Schweidnitz und der Pfleger Pfiffer von der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Prieß.

Ankerhalt der Tagesordnung erklärte sich der Provinzialausschuss damit einverstanden, daß die zur Fortführung der Quälerheile erforderliche Mittelstelle für das Gebiet der Provinz Schlesien dem Provinzialverbande angegliedert wird.

Die nächste Sitzung des Provinzialausschusses findet am 18. Januar 1923 statt.

Bismarck. Ein schweres Unglück hat die Familie des Senators Bulla von hier betroffen. Am Sonntag sollte Bulla, der immer erkrankt ist, nach dem Hospital gebracht werden. Als die Pferde nicht aus dem Stall wollten, ging die erkrankte Tochter des R. in den Stall und berührte die Tiere. Beim Ansehen wurde eines der Tiere, bäumte sich auf und schlug aus. Das Mädchen sprang erschreckt zur Seite, stieß einen Heulschrei aus und sank tot zu Boden.

Gewerkschaftsbewegung.

Metallarbeiter gegen das Verbot der Dieselmotoren.

Auf dem ersten Reichstagskongress der Betriebsräte der Metallindustrie gelangte Dienstag nachmittag unter Beifall folgende Entschließung einstimmig zur Annahme:

Der erste Reichstagskongress für die Metallindustrie stimmt den Beschlüssen der Internationalen Metallarbeiterkongresse von Kopenhagen und Luzern, sowie den damit übereinstimmenden Kundgebungen der Amerikaner Internationalen Konferenzen der Metallarbeiter, Transportarbeiter und Bergarbeiterverbände zu. Pflicht der Deutschen wie der internationalen Arbeiterklasse ist es, alle Kräfte einzusetzen, um Kriege in Zukunft unmöglich zu machen. Die deutschen Metallarbeiter werden mit allem Nachdruck darauf bringen, daß die Umstellung früherer Kriegsindustrien zur Produktion ziviler und gesellschaftlich notwendiger Gegenstände reiflich erfolgt. Der Kongress schließt sich einig mit den Betriebsräten der Deutschen Werke, sowie anderer Betriebe, die aufs schärfste darüber wachen, daß diejenigen Friedensbedingungen erfüllt werden, die verlangen, keinerlei Gegenstände zu produzieren, die für Kriegsbedarf in Frage kommen. Der Kongress muß jedoch auch entsprechende Proteste gegen Forderungen der Internationalen Kontrollkommission, die nicht die Verhinderung einer Anfertigung weiterer Kriegsmaterials erzielen, sondern zielbewußte, unbeschränkte Eingriffe in die Produktion der deutschen Wirtschaft darstellen und gleichzeitig in ihren Wirkungen die deutschen Arbeiter ernstlich schädigen. Dies betrifft insbesondere a) das Verbot des Baues schnell laufender Dieselmotoren, die der Friedensindustrie dienen sollen, und b) die Forderung weiterer Zerkürzung von Maschinen, Einrichtungen und Gebäuden der Deutschen Werke, die für die Erzeugung von Friedenswaren in Betracht kommen.

Das Interesse der Arbeiter erfordert dringend, daß diese unbeschränkten Verbote und Forderungen aufgehoben werden.

Die internationalisierte Kontrollkommission hat in einer Note den Bau von drei Arten für Friedenszwecke bestimmte Dieselmotoren verboten. Mit Recht hat sich der Leipziger Betriebsrätekongress der Metallarbeiter gegen dieses Verbot gewandt. Die Resolution, die dort gefaßt wurde, entsprach keineswegs nationalistischen Motiven, wie sie gern von der Auslandspropaganda solchen Schriften untergeschoben werden. Die Arbeiterklasse hat vielmehr auch in Leipzig zum Ausdruck gebracht, daß sie sich ihrer Pflicht, für den internationalen Frieden zu wirken, voll und ganz bewußt ist. Aber es ist das Recht der Notwehr, wenn sie sich gegen die Vernichtung großer Produktionsmöglichkeiten durch willkürliche Eingriffe der Entente verteidigt. Im Falle der Dieselmotoren liegt die Sache besonders deshalb sehr eigenartig, weil die Entente schon früher den Versuch gemacht hat, diese schnelllaufenden Motoren der deutschen Wirtschaft zu entziehen. Es ist noch in allgemeiner Erinnerung, wie man seinerzeit verhindern wollte, daß die aus den U-Booten ausgehenden Dieselmotoren der Friedensfabrikation nutzbar gemacht werden könnten. Damals hat die deutsche Diplomatie die Bedenken des Gegners entkräftigt, und die Erlaubnis dazu erteilt, daß man diese Dieselmotoren friedensmäßig verwenden konnte. Um so merkwürdiger ist es, wenn jetzt die Entente den Bau neuer Dieselmotoren verhindern will. Deutschland hat sich in der Fabrikation dieser, selbst von den englischen Privatfirmen geschaffenen Maschinen am internationalen Markt eine gute Stellung erworben. Dieselmotoren fanden Verwendung nicht nur in elektrischen Zentralen, wo sie besonders zum Ausgleich des Stromes gebraucht wurden, sondern auch als Schiffspropeller und als Antriebsmaschinen erkranten sie sich großer Beliebtheit und zwar besonders deswegen, weil sie der Schifffahrt durch ihr geringes Gewicht, ferner durch die Verringerung des für die Heizstoffe benötigten Raumes eine wesentliche Kraftersparnis brachten. Schließlich hat sich die Technik weiter entwickelt, jedoch man jetzt vor der Lösung des Problems der Motoren-Lokomotive steht. Es liegt auf der Hand, daß die Entwicklung dieses noch außerordentlich jungen Produktionszweiges geradezu vernichtenden Einflüssen ausgesetzt ist, wenn man sie durch Produktionsverbote einzelner Typen oder durch irgend welche Beschränkungen in der Fabrikation hemmt und einengt. Die Arbeiterklasse kann dem nicht gleichgültig zusehen. Deutschlands Industrie ist auf den Auslandsmarkt angewiesen; man muß also solche Produktionszweige fördern, die große Absatzmöglichkeiten bieten. Das liegt auch im Interesse der Entente, wenn sie die Zollstrafe Deutschlands nicht vernichten will und überhaupt erstarkt an der Bezahlung der Reparationslasten interessiert sein will. Deshalb ist es ebenso im Interesse der Deutschen Werke, Pflicht der gesamten Arbeiterklasse, gegen diese willkürliche Verengung der Produktion, die Tausenden von Arbeitern die Arbeitsstätte entziehen würde, vor aller Welt scharfsten Einspruch zu erheben.

„Weiß Brot ich esse, weiß Lied ich singe!“

Diesem Sprichwort glaubten auch die Arbeiter in der Maschinenfabrik in Trachenberg huldigen zu müssen. Diese waren bisher noch nicht organisiert und hatten sich nun endlich entschlossen, dem Deutschen Textilarbeiter-Verband als Mitglieder beizutreten. Durch die eingetretene Neuordnung wurde dem Deutschen Textilarbeiter-Verband eine Forderung an die Direktion eingereicht, um Erhöhung der Löhne für die Arbeiter und auch für die Arbeiter, die kurz vorher dem Verband beigetreten waren. Aber es dauerte nicht lange, bis die Arbeiter von unierer Vertrauensperson die Nachricht, daß sie beiden Forderungen auf Veranlassung des Direktors wider aus dem Verbande austreten, da sie sonst entlassen werden könnten. Aus nicht wie Männer oder freie Staatsbürger, denen das Angehören an eine Berufs-Organisation ein heiliges, dem Gemeinwohl dienliches Recht ist, verhielten sich diese Arbeiter, sondern sie verhielten sich insoweit, wie die Arbeiter, die dem Sprichwort, wie oben angegeben, nach diesem Verhalten wurde sich natürlich eine Mitglieder-Versammlung, die am 4. Dezember in Trachenberg stattfand, darüber einig, daß auch von einer Forderung um Lohnverbesserung für die Arbeiter nun Abstand genommen wird und der Deutsche Textilarbeiter-Verband für nichtorganisierte keine Forderungen zu stellen hat.

In derselben Versammlung wurde noch mit größter Entzückung von dem Antwortschreiben der Direktion an den Deutschen Textilarbeiter-Verband Kenntnis genommen, darin abgelehnt wurde, Lohnverbesserungen für Dezember d. Js. einzuräumen zu lassen. Die Versammlung konnte dem Standpunkt der Direktion nicht zustimmen, da diese als gleichzeitige Verwertung einer Kollaterale ganz und gar nicht gerade die Preise für Kollaterale-Produkte gekiegt und für diese niedrigen Löhne nicht zu erwidern hat. Die Versammlung bedauerte auch ferner, daß sie für ihre Arbeit in der Maschinenfabrik nicht besonders entlohnt wurden, da man für den gleichen Lohn sogar Ziegel abladen mußte.

Der Deutsche Textilarbeiter-Verband wurde erneut beauftragt, die Firma zu ersuchen, Lohnverbesserungen zu gewähren, da es bei der gegenwärtigen Löhnerang unumgänglich ist mit den bestehenden Löhnen auszukommen.

Beobachter Streik der Gerber und Lederarbeiter. Die Zeitung des Zentralverbandes der Lederarbeiter Deutschlands, Gen. 2, teilt uns mit, daß der Streik der Reichs- und Sächsischer sowie Lederarbeiter erfolgreich beendet ist und die Arbeitsaufnahme überall im Laufe dieser Woche geschlossen erfolgt.

Die Streikbewegung in den sächsischen Zuckerrüben hat bis Dienstag vormittag Lüß, Inhaberin, Gumbinnen und Gumbinnen erreicht. Die sächsischen Zuckerrübenverkäufer, die die Zuckerrübenverkäufer den angeforderten Preis für die Zuckerrüben nicht zahlen wollten.

Heute abend 7 1/2 Uhr:

Volks-Versammlungen

in nachfolgenden Sälen:

Bräuer, Gabiſtſtraße 22
Zentral-Saſſaal, Weſtendſtr. 50/52
Bräuer, Pöpelwiſtſtraße 36

Bergſteller, Rietſchlauſtraße
Fürſtenkrone, Fürſtenſtraße 32
Apollo, Herdaminſtraße 100.

Thema: Kampf dem Wucher.

Auf, alles in die Verſammlungen!

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 8. Dezember.

Sozialdemokratischer Verein.

Montag, den 12. Dezember in allen Diſtrikten:
Diſtriktſ-Verſammlungen.

Unter anderem wird überall ein Vortrag über das ſehr zeit-
gemäße Thema:

Klaſſenjuſtiz und Juſtizreform

(Vorſchläge des Genossen Radbruch) gehalten werden. Jeder
Parteiſenſte hat ſich für den Montag abend frei.

Ohlauer Vor. Elternbeiräte! Freitag, den 9. Dezember,
abends 7 1/2 Uhr, im Lokal Zimmer, Lauentſtraße 171, Verſammlung.

Ohlauer Vor. Elternbeiräte! Freitag, den 9. Dezember,
abends 7 1/2 Uhr, Elternbeiratsſitzung im Lokal Brigittental 18.

Arbeiterjugend-Verein Breslau, Heim 6, Pöpelwiſtſtraße. Freitag,
den 9. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, bei Bräuer, Pöpelwiſtſtraße,
Heim-Weihnachtsfeier. Alle Eltern, Parteiſenſten und
Genossen, Freunde unſerer Bewegung ſind herzlich eingeladen.
Eintrittsprogramm à 2,20 Mk. an der Kaſſe.

Achtung, Jungmädels! Der Mädelabend fällt heut aus.

Diſtrikt 1. Freitag, den 9. Dezember 1921, abends 8 Uhr.
Sitzung des geſamten Feſtkomitees und der Reviſoren bei Schmä,
Schillerſtraße 28.

Diſtrikt 28. Freitag, den 9. Dezember, abends 8 Uhr: Funktionär-
ſitzung im Diſtriktſlokal, Gräbichener Straße 118.

Ohlauer Vor. Diſtriktſführer und Feſtkomitee! Freitag, den
9. Dezember, abends 8 Uhr, Sitzung bei Görlich, Löſtſtraße 18.

Die Parteifunktionär-
Verſammlung.

am Dienstag, den 6. Dezember, im Saal „Matſiawka“ war gut
beſetzt.

Genosse Dr. Hamburger behandelte zunächſt in einem
ſinnreichen Vortrag, mit großer Sachkenntnis das „Reparations-
problem“. Es iſt unumgänglich, dieſen hochinterſſanten Vortrag in
einem kurzen Verſammlungsbericht hineinzuzwängen, wahrſchein-
lich wird er in den nächſten Tagen ausführlich gebracht werden
können. Beſonders warnte er vor zu großem Optimismus. An-
dereſeits aber forderte er, daß die Gebuld der Regierung in der
Beitreibung der Beſteuerung der großen Einkommen und des Be-
ſitzes, die ſchon allzu lange geübt wird, nun aufhört und durch die
Erfaffung der Sachwerte der Verſchuldung Deutſchlands entgegen-
gewirkt werde. (Lebhafte Beifall.) In der Diſkuſſion ſprach nur
der Genosse Frey vom Standpunkt des Wiſtſchaftspraktikers aus
zu den aufgeworfenen Fragen.

Punkt 2 der Tagesordnung: Durchführung des Be-
ſchlusses des Bezirksparteitages zur Beitrags-
erhöhung. Bezirksſekretär Genosse Yanotta begründet ein-
gehend die Notwendigkeit der Erhöhung der Parteibeiträge. In
der Ausſprache wenden ſich die Genossen Wiekonta, Frabung, Ed-
lein und Stope gegen die Art, wie dieſe Beitragserhöhung durch-
geführt werden ſoll. Sie verlangen Demotratie auch in der
Partei, nicht daß man einer Ortsgruppe von 24.000 Mitglie-
dern, ohne ſie zu befragen, etwas diktiert. Brethorſt-Brig als
Vertreter des Bezirksvorſtandes verſuchte noch einmal, den Be-
ſchluss des Bezirksparteitages zu rechtfertigen. Von den annähernd
400 Parteifunktionären wurde dann gegen 3 Stimmen folgender
Beſchluss gefaßt:

Die Funktionäre des Parteivereins Breslau-Stadt halten
die vom Bezirksparteiſtag beſchlossene Beitrags-
erhöhung zum 1. Januar nicht für durchführbar und lehnen ſie daher zu dieſem
Zeitpunkt ab. Ausſchlaggebend für dieſe Stellungnahme iſt die
Unmöglichkeit, die Frage in der Mitgliedschaft bis zu dieſem
Zeitpunkt genlegend zu diſkutieren.

Genosse Maſche als Verſammlungsleiter ſtellt feſt, daß die
Parteifunktionäre durch dieſen Beſchluss nicht grundſätzlich abge-
lehnt haben, nur den Zeitpunkt für ungeeignet halten. Er erſucht
trotzdem in den Diſtrikten ſich darüber auszuſprechen.

Gegen den Wucher mit Kartoffeln.

Die immer wiederholten und immer dringlicher erhobenen
Vorſtellungen der Verbrauchervertreter im Verein mit den bedroh-
lichen Anzeichen aus den verſchiedenſten Landesteilen haben nun
endlich doch dahin geführt, daß das Reichsernährungsminiſterium
von ſeinem bisherigen Standpunkt des Sehen- und Geſehen-
laſſens abgewichen iſt.

Ein Stein wenig war nur, aber immerhin doch abgewichen.
Man konnte ſich nicht länger der Einſicht verſchließen, daß das
„harte Spiel der wiſtſchaftlichen Kräfte“ nicht zu dem erhofften
und immer wieder: Es unbedingt bevorſtehend verſtändeten natür-
lichen Ausgleich führen wird, ſo lange wir in Deutſchland keine
reguläre Marktverhältniſſe haben. Und die haben wir für die
Lebensmittelverſorgung nun einmal nicht und werden wir noch
recht lange nicht haben. Hätte man die jetzt beſchlossenen Maß-
nahmen ſechs bis acht Wochen früher ergriffen, dann wäre es zu
den gewöhnlichen und bedrohlichen Erſcheinungen und Unfällen,
die jetzt vorliegen, jedenfalls überhaupt nicht gekommen. Jetzt
kann man nur wünſchen und alles dazu tun, daß ſie ſich nicht als
zu ſpät getroffen erweiſen.

Beſchlösſen worden iſt zweierlei. Erſtens die Konzeſſions-
pflicht für jeden Aufkäufer von Kartoffeln, ſofern er ſolche
außerhalb des Kommunalverbandes, in dem er ſeinen Wohnſitz
hat, ſeine Niederlaſſung hat, aufkufen will. Und zweitens die

Handelsverlaubnis für jeden Bezirk, in dem er aufkaufen will, bei
der höheren Verwaltungsbehörde nachzuſuchen. Wo es die Kom-
munalverbände für notwendig erachten, können ſie die Konzeſſions-
pflicht auch für die in ihrem Bezirk anſäſſigen Aufkäufer einführen.
Dieſe Maßnahme dürfte immerhin den Erfolg haben, daß das
wilde Aufkaufertum, das am meißten ſchuld hat an dem Hoch-
ſchnellen der Preiſe, etwas eingedämmt wird.

Sodann ſollen nunmehr ſofort in allen Verwaltungsbezirken
Kommiſſionen, beſtehend aus Vertretern der Erzeuger, des
Handels und der Verbraucher, gebildet werden, die auf Grund
von Richtlinien, die das Miniſterium herausgegeben hat, ſo etwas
wie angemessene Erzeugerpreise feſtſtellen ſollen. Zugleich ſoll
durch die vorgeſchlagenen Maßnahmen erreicht werden, daß die
Beſchlagnahmen von Kartoffeln, die an verſchiedenen
Stellen auf Grund der eingeleiteten Strafverfahren wegen Wucher
ſtatigefunden haben, aufgehoben werden, um ſie den Verbrauchern
zuguteleiten. Das Verfahren ſelbſt ſoll dadurch nicht unterbrochen
oder aufgehoben werden. In der Tat iſt die Zahl der eingeleiteten
Strafverfahren größer, als gemeinhin angenommen wird.

Um bei Eintritt wärmeren Wetters ſofort die Kartoffel-
verſorgung in größerem Umfange vornehmen zu können, iſt zu
empfehlen, daß die Verbraucherorganisationen und
Vertretungen in den einzelnen Provinzen und Landesteilen ſich nun
auch ihrerſeits rühren, um nötigenfalls die oberen Verwaltungs-
behörden zur Eile anzutreiben.

Wenn auch nicht zu hoffen iſt, daß wir durch die hier ge-
ſchilderten Maßnahmen zu billigen Kartoffeln — nach bis-
herigen Begriffen — kommen werden, ſo können ſie bei zweckent-
ſprechender Anwendung doch wenigſtens dahin führen, daß dem
toſſen Wucher endlich ein Riegel vorgeſchoben und die Verſor-
gung mit Kartoffeln in normale Bahnen gelenkt wird.

Breslauer Indeziffern.

Die Ausgaben für die Lebenshaltung ſtiegen in der Zeit vom
16. Oktober bis zum 15. November 1921 gegenüber denen
des vorhergehenden Rechnungsmonats (16. September bis 15. Oktober)
erheblich.

Auf Grund der aus dieſer Preisbewegung durch das Lohnamt
errechneten Indeziffern ſtellt die Arbeitsgemeinſchaft Breslauer
Arbeitgeber- und Arbeitnehmerartelle folgende Indeziffern für die
Zahlung der Leuenerungsulagen oder erhöhten Löhne im Dezember ſelbſt:

Table with 5 columns: Indeziffer, Familienanzahl, Personenanzahl, Betrag, etc.

Gegen Januar 1921 ſind die Ausgaben geſtiegen:
im ganzen um 58,7%
im einzelnen:
bei den Lebensmitteln 57,8%
„ Kleidung, Wäſche und Haushaltsgegenſtänden 72,0%
„ den anderen Ausgaben 35,7%.

Da die Lebenshaltungskosten in der Zeit vom 16. Juni bis zum
15. Juli 1921 faſt genau ſo hoch wie im Januar 1921 waren, ſind
ſie immerhalb der letzten vier Rechnungsmonate auf etwas über das
anderthalbfache der damaligen Koſten geſtiegen.

„Deutſcher Bund für Recht und Wahrheit“.

In dieſem Augenblick, in dem das Ausland beginnt, die
Erforderniſſe der wiſtſchaftlichen Lage etwas ernſtlicher zu diſ-
kutieren und ſich mit den Problemen der deutſchen Zahlungs-
fähigkeit nach nächſteren Geſichtspunkten zu beſchäftigen, hält
es der Deutſche Bund für Recht und Wahrheit für angebracht, in
Breslau in einer Volksverſammlung am heutigen Abend die Ver-
folgung der feindlichen Kriegsverbrecher zur Stärkung des
deutſchen Anſehens in der Welt von neuem zu fordrern. Wir
brauchen nicht hervorzuheben, wie ſinnlos gerade jetzt eine ſolche
Veranſtaltung politiſcher Karren iſt und haben nicht nötig, noch
beſonders zu betonen, daß ſelbſtverſtändlich weder unſere Partei
noch die Gewerſchaften das geringſte mit dieſer Verſammlung zu
tun haben. Als Redner iſt u. a. ein Herr Goldamer angekündigt,
der über Selbſterſchuldiſſe in Avignon ſprechen will. Er hat keine
Rede ſchon wiederholt, ſo u. a. auch in Landeſhutz, gehalten, und
hat dort den traurigen Mut gehabt, zu behaupten, daß bei
energiſcherem Auftreten der deutſchen Regierung es ſchon längſt
möglich geweſen wäre, auch die letzten Geſangenen in Avignon
frei zu bekommen. Aus dieſer Probe mag man erſehen, daß ſich
bei der Veranſtaltung Chauvinismus und rechtsradikale Oppo-
ſition wieder einmal die Hand reichen werden.

Die Arbeiterſchaft Breslaus wird gut daran tun,
ſich in den heutigen Verſammlungen unſerer
Partei, die ſich mit der Wucherfrage beſchäftigen, unter-
richten zu laſſen, wo ihre eigentlichen Feinde ſiegen und ſich von
iener Veranſtaltung fern zu halten.

Ermäßigung des Margarinepreiſes.

Der Margarineverband e. V. teilt mit: Die Margarine-
induſtrie hat beſchloſſen, die Preiſe auf Grund eines Vorſchlages der
Preiskommiſſion des Margarineverbandes ab Mittwoch, 7. Dezember,
um 5 Mark für das Pfund zu ermäßigen.

Die Hauspflegegruppe des Breslauer Wohlfahrts- und
Armenpflegerinnenvereins.

Eine der ſegenreichſten ſozialen Einrichtungen iſt die
Stellung einer Hauspflegerin bei Erkrankung der Hausfrau. Wenn
in kinderreichen Familien die Mutter aus Zeit geſchloſſen iſt, ſo
droht ſich die Ordnung im Haushalt aufzulöſen. Wie ein guter
Geiſt erſcheint dann die Hauspflegerin, macht der Kranken die
nötigen Handreichungen und verlaßt Mann und Kinder. Die

Leidende kann beruhigt ihre Geneſung abwarten, weiß ſie ihre
Häuslichkeit doch in zuverläſſigen Händen. Der Mann erhält ſorg-
ſam zubereitetes Eſſen, die Kinder kommen pünktlich und ſauber
zur Schule. Die Hauspflegerinnen ſind tüchtige, zuverläſſige und
ehrliche Frauen, die oft ſchon jahrzehntelang ihren Beruf aus-
füllen. Die Koſten tragen entweder der Verpflegte ſelbſt oder
teilweiſe mit dem Verein gemeinſam. In ganz bedürftigen Fällen
trägt das Wohlfahrtsamt die geſamten Unkoſten. Auch Angeſtelle
von Behörden bedienen ſich der Hauspflege. In dieſem Falle
tragen Behörde und Angeſtellter die Koſten gemeinſchaftlich.

Eine ausgebildete Krankenpflegerin iſt die Hauspflegerin
jedoch nicht. Wie ſchon ihr Name belegt, ſoll ſie das Hausweſen
bei Erkrankung der Hausfrau in Ordnung halten. Iſt die Fa-
milienmutter zu ihrer Geneſung in eine Heiſtätte geſchickt worden,
ſo kann auch in ihrer Abweſenheit eine Pflegerin geſtellt werden,
die für Mann und Kinder zu ſorgen hat. Die Kinder brauchen
nicht anderweitig untergebracht zu werden, ſondern können im
eigenen Heim bleiben.

Anmeldungen um eine Hauspflegerin, ſowie alles Nähere
über die Unkoſten uſw. erfährt man im Büro der Hauspflege-
gruppe, Beſteiggaſſe 7, 1. Etage. Das Büro iſt werktäglich von
9 bis 2 Uhr geöffnet.

Der Kampf um die Hinterbliebenenrente.

Der Bauarbeiter Tſcheike wurde während des Heeres-
dienſtes nach dem öſtlichen Kriegſchauplatz zum Heben geſunkener
Schiffe beordert. Dabei gingen die Arbeiter oft dem Fiſchfang
nach. Um dieſen Fiſchfang noch erträglicher zu geſtalten, bedienten
ſie ſich der Handgranate.

Von den militäriſchen Stellen wurde ein ſtrenges Verbot
erlaſſen, wonach Handgranaten zum Fiſchen nicht verwendet
werden dürften. Tſch. ging aber an einem frühen Morgen, gegen
dieſes Verbot, mit einer Handgranate bewaffnet, zum Fiſchfang
aus. Dabei wurde er durch die vorzeitige Explosion des Geiſchloſſes
ſo ſchwer verletzt, daß bald ſein Tod eintrat. Die Witfrau ſtellte
bei der Schieſſich-Polenſchen Baugemeinſchaft den Antrag
auf Gewährung von Hinterbliebenenrente. Anfangs hatte das
Arbeiter-Sekretariat die Bearbeitung des ſehr ſchwierigen Falles
für die Witfrau unentgeltlich wahrgenommen. Es ſchien ihr
aber zu lange zu dauern und ſie betraute einen Breslauer Rechts-
anwalt mit ihrer Vertretung. Am Montag, den 5. Dezember,
ſand der Termin vor dem Oberverſicherungsamt ſtatt. Nun mußte
die Witfrau leider die trübe Erfahrung machen, daß ſie mit ihren
Anprüchen abgewieſen wurde, weil der Ehegatte den Tod durch
ſein Verhalten ſelbſt verſchuldet hatte. Der Rechtsanwalt war
nicht perſönlich rechtzeitig zum Termin erſchienen.

Behauerlich bei dieſer Angelegenheit iſt nur, wenn die Wit-
frau in ihrer Unkenntnis, trotz dem ihr abgeraten wurde, ſich ver-
leiten ließ, Gelbſaugen zu machen, um ihre Rentenfreiſache
von anderen Perſonen wirksamer vertreten zu ſehen, als wie vom
Arbeiter-Sekretariat.

Ein anderer Fall. Die Schifferwitwe Frau Kathilbe Schmidt
aus Tſchilke verlor ihren Ehegatten, den Schiffes-Richard Schmidt,
dadurch, indem er am 10. Januar 1920 auf dem Rade auslief,
und mit dem Kopf ſo heftig aufſchlug, daß er beſinnungslos liegen
blieb. Am 25. Januar 1920 verſtarb er. Die Veruſogengeſellſchaft
lehnte die Anprüche der Frau Schmidt ab, weil nicht er-
wieſen ſein ſoll, daß der nach ihrer Meinung nur unbedeutende
Unfall die Todesurſache geweſen ſei. Vielmehr ſei er an einer
Lungenentzündung geſtorben, an der er ſchon vor dem Unfall ge-
litten haben ſoll.

Aber nach der Aeußerung des behandelnden Arztes Herrn
Dr. Sahnwald ſei der Mann an einer Gehirnarterienblutung ge-
ſtorben, die den Zusammenhang mit dem Unfall nicht ausſchloſſe.
Da auch der Vertrauensarzt Herr Dr. Hauſchild ſich dahin äußerte,
daß die Todesurſache ſehr wahrſcheinlich auf den Unfall zurückzu-
führen iſt, wurde der Frau die Hinterbliebenenrente vom Ober-
verſicherungsamt zu gewährt.

Abſchlagszahlungen für Gas, Waſſer und Strom. Die Ent-
nehmer von Gas, Waſſer und elektriſchem Strom ſind durch beſondere
Zuſtellungen aufgefordert worden, für ihren Verbrauch in den
Novemern Oktober und November 1921 Teilzahlungen zu leiſten. Die
für den Novemberverbrauch geſtellte Friſt iſt am 30. November 1921
abgelaufen. Alle im Verzuge befindlichen Zahlungspflichtigen werden
dringend erſucht, die rückſtändigen Beträge nummehr bis ſpäteſtens
19. Dezember 1921 an die Kaſſe der Betriebswerke zu zahlen.

Auswandererſtarbe und Auslandsvorträge. Am Sonnabend,
den 10. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, ſpricht im Hofſaal des Geogra-
phiſchen Inſtituts, Martini-ſtraße 7, I. Herr Geh. Reg.-Rat Prof.
Dr. Bolz über das Thema „Eingeborene und Eingeborenen-
politik“ mit beſonderer Berücksichtigung der holländiſchen Kolonien.

Straßenraub. Auf der Friedrich-Wilhelmſtraße wurde am
1. einem Schüler durch einen unbekanntem Mann ein brauner Reizen-
anzug und eine ſchwarze Einkaufstasche, die 1 Brot und anderes
Gedäch enthält, gewaltſam entriſſen, und dem Räuber die Tasche
damit zu entziehen.

Verloren. Markentäſche mit Beitragsmarken, Haus-
kaſſierer verloren gegangen. Gegen Beſchuldung abzugeben im Ver-
bandsbüro Deutſcher Metallarbeiterverband, Margaretenſtraße 17
Zimmer 17.

Eine Kindesleiche im Handgepäck. In dem Handgepäck-
Aufbewahrungsraum des hieſigen Hauptbahnhofs ſiel am 4. d. Mts.,
nachmittags 6 Uhr, ein kleines Handgepäck durch ſeinen elektriſchen
Geſtalt auf. Beamte forſchten nach, öffneten unter Zuſiehung von
Polizeibeamten das in grauem Packpapier verſchnürte Paket und
fanden darin eine Kindesleiche, die in einem ſchwarzen Lappen ge-
wickelt war. Es handelte ſich um einen etwa 50 cm großen Knaben,
der entweder tot zur Welt gekommen oder nach der Geburt erſtrikt
worden iſt. Außerliche Beſchädigungen waren nicht zu bemerken.
Die Leiche war in eine graue Pappſchachtel verpackt und am 21. 11.
auf dem Bahnhof aufgegeben worden unter der Gepäck-Nr. 7475 G.
Das Paket iſt in das Schauhaus eingelieſert worden. Meldungen
hierzu erbeten nach Zimmer 6 des Polizei-Präſidiums, Schußbrücke 48.

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Mitteilungen der Direktionen.
Stadttheater. Heute abend 7 1/2 Uhr: „Der Corregidor“ mit
den Damen Danenberg, Gajewſka, Reiß, Köſſi und den Herren
Kaber, Hauſchild, Höber, Kubow, Raubert, Wibelma, Willmski,
Witteloſf. Muſikaliſche Leitung Julius Friſer. Spielleitung
Dr. Georg Raulf. Morgen 7 1/2 Uhr: „Hans Heiling“. Sonn-
abend 7 1/2 Uhr: „Eine Nacht in Venedig“.

Bereinigtes Theater. Am Donnerſtag bringt das Lobe-
theater, unter der Spielleitung von Hans Bend-Ruber, zum
erſten Male Goethes „Johanne“ mit Hedda Lembach in der
Titelrolle. Für die Aufführung von Paula Heilmann „Sieben-
müdenkrieger“ in der Wilhelm-Richterſtraße die Regie führt, hat
Dr. Edmund Rüd eine Begleitmuſik geſchrieben, die er ſelbſt dirigieren
wird. Die Langarrangements kommen von Wlla Karſch.

Im Thalia-Theater „Greichen“ in der beſonderen
Beſetzung. Am Freitag findet die Aufführung des Schwantes
„Die Dame aus dem Schlafwagen“ von de Goſſe und
Kantzeſki ſtatt.

Schaſpielhaus. (Operettenbühne.) Donnerſtag „Das
Hollandweibchen“. Freitag „Wenn Liebe erkrankt“.
Sonnabend um 1. Uhr „Die Langgrün“ von Kadoff
Stolz, dem erſtaunlichſten Operettenkomponiſten der letzten Jahre.

Diebstahl. Am 21. November ist ein schwarzer Valetot mit Samtfragen und schwarzem halblebnen Futter, zweifelhafte schwarze Hornknöpfe, Stidgenen Kreuzberger, Kattowich, in den Taschen einen weiß-blau gestreiften Schal mit Franen und ein Paar graue Stoffhandschuhe enthaltend, gestohlen worden. — Am 22. November aus dem Schulgebäude Rosenstraße 2 eine Tafel mit Barometer. — Am 30. November von Goethestraße 77, ein vierwädriger Handflasterwagen, umgestrichen, mit Schiebern und darauf Kognak und Weinflaschen im Werte von etwa 3000 Mk. — Am 28. November aus einem Korbkasten im Hause Glasgasse 3, ein dunkelblauer Damenmantel von trimerartigem Stoff, vermutlich durch einen betrunkenen Mann von etwa 18 Jahren. Der Mantel enthält auch eine zollene Geldtasche mit 700 Mark. — Am 26. November eine goldene Herren-Kemontuhr mit Doppeldeckel von der Firma Emil Hartmann, Schulstraße 68. — In der Nacht zum 22. November aus der Bedürfnisstraße am Theaterplatz 4 Kleideraufhänge mit Kleiderverbindungen.

gestaltete befristet die ihm zur Last gelegten Taten und die Verhandlung konnte auch keine Klarheit in der Angelegenheit schaffen. Die Geschworenen verneinten die Schuldfragen und der Angeklagte wurde freigesprochen.

Unter der Auflage der Lohnabtreibung und fahrlässigen Tötung fand die Fleißermeisterwitwe Hedwig Kapp vor dem Breslauer Schwurgericht. Die Angeklagte hat an einer Postgehilfin aus Rauenwitz bei Leobischitz einen unerlaubten Eingriff vorgenommen, an dessen Folgen das Mädchen verstarb. Die Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Die Kapp wurde unter Verfassung mildernder Umstände zu einem Jahre Zuchthaus verurteilt; drei Monate wurden ihr auf die Untersuchungshaft angerechnet. Die mitangeklagten Landjägeramtsrätin Karl Ditzsch und die Schloßherren Gertrud Härtel, die der Verstorbenen mit Rat und Tat Hilfe geleistet haben sollen, wurden freigesprochen.

Wasserstand
vom 8. Dezember 1921.

Kaffee	0,96	Breslau (Ober-Regel)	4,30
Kaffee	0,77	(Unter-Regel)	— 2,24
Rohöl	0,70	Dresden	— 0,20
Beleg (Mastentkan)	1,44	Hannover (Ober-Regel)	8,10
Kattowich	+ 0,04	(Unter-Regel)	1,60
Neuemündung (Ober-Regel)	truden	Düsseldorf	+ 0,80
Neuemündung (Unter-Regel)	0,46	Wasserwärme	+ 0,4

Bereinskalender.
Deutscher Bauar. u. Bauarb. (Zweizverein Sachsisch-Carth.)
Sonntag, den 11. Dezember, nachmittags 2 Uhr, findet in Jachschdau bei Zante eine Mitgliederversammlung statt, wozu jeder Kollege der Umgegend zu erscheinen hat.
Arbeiter-Samariter-Bund. Kolonne Breslau. Donnerstag, den 8. Dezember bei Cyner, Mauritzplatz 4, Monatsversammlung. Der Vorstand.

Gerichtliches.

Vom anseherndlichen Schwurgericht.

Am Montag fand der 22 Jahre frühere Postkassierer Artur Ortman vor den Geschworenen, um ihn wegen Verbrechen im Amt, Diebstahl und Beiseiteführung von Urkunden zu verurteilen. Der Angeklagte soll vom 13. bis 21. Juni 872 Mark für Postnachnahmebriefe unterschlagen und, um die Unterschlagungen zu verdecken, Falschweisungen und Register gefälscht und Abschnitte beiseite gekippt haben. Der An-

Unsere Balais.
Es wurden an der Berliner Börse gekauft:

	7. 12.	8. 12.
für 1 amerikanischen Dollar	209,04 RM.	227,02 RM.
1 englischen Pfund	88,10	93,55
1 russischen Rubel	15,98	17,13
1 holländischen Gulden	74,98	82,02
1 Schweizer Franken	40,51	43,88
100 österreichische Kronen	6,58	7,48
1 Schweizerische Kreuz	2,51	2,52
1 holländische Kreuz	39,46	43,06

Läuse Wanzen
Schwaben flöhe Holzwanzen
100.000 Stück
Befestigen Sie in 1 Stunde
Verlangen Sie nur 1 Pfund
Breslau: Hof- u. Feldapotheke, Karmarsch 20; W. S. Apotheke, Friedrich-Wilhelmstr. 87; Stern-Apotheke, Mathiasstr. 87.
Hauptvertriebsstelle und Versand: Apotheke zur Hygiene, Laurentzstraße 11, Ecke Grünstraße.

Müh' und Arbeit war dein Leben.
Ruh' hat Dir der Tod gegeben.
Am 6. Dezember verschied nach kurzem, aber schweren Leiden meine geliebte Frau, unsere Mutter, Schwiegermutter, die geliebte Großel, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante
Frau Marie Luppa geb. Reuthe
im Alter von 63 Jahren.
im tiefsten Schmerz
Breslau, Schweitzerstraße 15
Emil Luppa als Gatte
nebst Kindern und Anverwandten.
Beerdigung: Sonnabend, den 10. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle der Paulinerkirche in Cosel.

Arbeiter-Monatskalender 1922
In festem, mit illust. Vignette verziertem Einband
Der monatliche Inhalt enthält die wichtigsten Anzeigen, Anzeigen u. Besondere, Festlich und ansprechend u. erwehnt.
Preis Mk. 1,50 gebunden.
Zu beziehen durch die Geschäftsstelle des Kalenders

Konsum- u. Spar-Verein Vorwärts
Für Breslau u. Umgegend
Centrale u. Sparkasse
Tauentzienstraße 127/131

Am 6. Dezember verschied nach kurzem, aber schweren Leiden die Frau unseres Kollegen, des Knopfmachers Emil Luppa
Frau Marie Luppa
geb. Reuthe
im Alter von 63 Jahren.
Es erscheint Andenken bewahren für
die Kollegen und Kollegen
der Schneiderzunft der Stadt Cosel.
Beerdigung: Sonnabend, den 10. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Cosel.

Arbeiter-Samariter-Bund
Kolonne Breslau
Sonntag, 8. Dezember, bei Cyner, Mauritzplatz 4
Monatsversammlung.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Herrn Prof. Fuchs.
2. Beschlüsse.
In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder ermahnt. Mitglaubwürdigkeit ist mitzubringen. Der Vorstand.
J. R. Richter.
9647

Weihnachtsgeschenke
kaufen unsere Mitglieder am vorteilhaftesten in unseren **Spezialgeschäften**

Bekleidungsabteilung
am Neumarkt No. 12.

Schuhwarenabteilungen
Kupferschmiedestraße 31
und Weinstraße 72.

Abteilung für Haus- und Küchengeräte
Verlosungsgegenstände
Spielwaren usw.
am Neumarkt No. 12.

Lebensmittelverkaufsstellen
in allen Stadtteilen sowie in fast allen Orten der Umgebung Breslaus.

Zum Weihnachtsfest
empfehlen wir besonders:
Sämtliche Backartikel
zur
9630
Festbäckerei
Diverse Weine + Raus
Kognak + Punsch
Korn + Allasch
Pomeranze
Kräuterlikör
Stonsdorfer usw.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Am 6. Dezember verschied die Frau unserer Verbandskollegen, des Knopfmachers Emil Luppa
Frau Marie Luppa, geb. Reuthe.
Es erscheint Andenken bewahren für
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.
Beerdigung: Sonnabend, den 10. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Pauliner-Klosters in Cosel.
9643

Deutscher Bund für Recht und Wahrheit.
Breslau, Tauentzienstraße 6/11.
Bolksversammlung
Sonntag, den 1. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im großen Saal des Schauspielers, Grotzstraße 20/1
Die Wiederherstellung des deutsch. Aufsehens in der Welt
Kampferhebung und Aufruf
Eintritt: Prof. Dr. Bornhausen
Rede und Gedächtnisrede
Rede Prof. G. Rose
Schillerfest in Wigrau
Zusammenkunft im Saal
Männern Frauen aller Stände, ohne Unterschied der Parteien und Konfessionen sind eingeladen.
Eintritt frei! 9642

Am 6. Dezember verschied nach kurzem, aber schweren Leiden
Karl Neumann
im Alter von 60 Jahren.
Es erscheint Andenken bewahren für
der Sozialdemokr. Verein Breslau.
Beerdigung: Freitag, den 9. Dezember, nachmittags 1 Uhr, von Friedhofen, Grotzstraße 71, von nach dem Hauptfriedhof in Cosel.
9641

Achtung! Spar- und Gefelligkeitsverein aller Bauarbeiter.
Sonntag, den 11. Dezember, vormittags 10 Uhr findet in **Wichers Lokal**, Bergstraße 10 die **Auszahlung der Spargelder** statt.
Wichtige Angelegenheiten aller Mitglieder zu Ehren.
Der Vorstand: P. Frost.

Geübte Näherinnen
für feine Damenwäsche in und außer dem Hause (Seimarbeit), bei dauernder und lohnender Beschäftigung gesucht.
Meldungen im 2. Stock, Abfertigung.
Leinenhaus Bielschowsky
Rittolaitstraße 74/76. 9636

Wer von geliebt, bis daß die Welt ihm lacht
Und lobend rühmt, daß, das vergißt man nicht
Wohlwollende Erinnerung
an Todestage meiner langjährigen Gattin, der
Gedächtnisrede
Frau Pauline Seite
geb. Grotz
gestorben am 21. Oktober 1921
geboren am 2. Dezember 1858.
Es erscheint Gedächtnisrede
die ich gerne mit Ihnen
und auch mit Ihren Kindern
teilen möchte.
Es wäre schön, wenn Sie
Gegenüber der Welt
den Namen der Gattin
den ich geliebt habe
und was geliebt hat
die ich vermissen und gedenke.
Und die auf Erden
Gedächtnisrede von
Gottlieb Seite, Grotz.

Bitte bei allen Geschäften stets die Interessen
einer Jugend zu berücksichtigen.
Sehen erziehen:
Vorwärts-Almanach
der
Arbeiter-Familien-Kalender
1922
reich illustriert
Preis 4.- Mark
Verkaufsstelle Volksrecht,
Breslau, Neue Grapenstraße 5.

Arbeitsmarkt
Gute Modelltischler
zur Montage gesucht. Meldungen an
Gebr. Bauer 9646

Tüchtige Pral.-Weberzieherin
zur aus der Branche, kann sich bei hohen Gehältern melden
bei Kaping, Grotzstraße 74. part. 9638

Seiden
Maschinenschneider
sucht zum sofortigen Austritt
Georg Brinnitzer
Neuschestrasse Nr. 16/17
Kleider- und Anzugerätefabrik.

Perfekte
Oberhemden-Näherin
zur Unterfertigung des Betriebes
in dauernder und angenehmer Stellung
per bald gesucht. — Offerten mit
Angabe bisheriger Tätigkeit, sowie
Gehaltsansprüchen an:
Deutsche Wäschefabrik
Spitz & Eckstein, Ziegenhals.